

Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus ausbauen!

Stellungnahmen zum Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses

Berlin, 22.08.2013. Die Bundesarbeitsgemeinschaften „Demokratieentwicklung“ und sowie „Kirche und Rechtsextremismus“ kommentierten die Veröffentlichung des NSU Abschlussberichtes des Deutschen Bundestages: Während der Arbeit des Untersuchungsausschusses zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ stieg die Zahl rechtsextremer Straftaten immer weiter; es waren rund 17 600 politisch rechts motivierte Straftaten alleine im Jahr 2012. Das sind 48 Straftaten pro Tag. Diese sowie die Aufdeckung des NSU-Terrors machen die gewalttätige und tödliche Dimension von Rechtsextremismus und Rassismus sichtbar und stellen die Präventionsarchitektur sowie die demokratische Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen.

Die Empfehlungen im gemeinsamen Teil des NSU Abschlussberichtes Abschnitt VII. Kontinuierliche Unterstützung für Demokratieförderung sind richtungweisend und müssen unverzüglich in die Praxis überführt werden. Dabei sollte die kommende Bundesregierung ihr besonderes Augenmerk auf die Schaffung einer sinnvollen Programmstruktur, die die aktuelle Zerfaserung beendet, legen und mindestens eine Verdoppelung der heutigen Fördersumme auf 65 Mio. € vornehmen. Im NSU Abschlussbericht heißt es dazu: „Doch rassistische Gewalt und vielfältige neonazistische Aktivitäten sind ein gesamtdeutsches Problem von dessen Ausmaß in den westlichen Bundesländern sich der Ausschuss ein eindrückliches Bild verschaffen konnte. Allerdings fehlen hier mit den in den ostdeutschen Ländern vergleichbare flächendeckende Beratungsstrukturen [...]. Das ist auch unter Berücksichtigung der Unterschiede bei den Pro-Kopf-Fallzahlen rechtsextremer und rassistischer Gewalt zu wenig.“

Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, endlich eine kontinuierliche, flächendeckende und dauerhafte Ausgestaltung der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Arbeit in ganz Deutschland auf „bundesgesetzlicher Basis“ zu beginnen. „Gesellschaftliche Projekte, die sich der Wahrnehmung dieser Verantwortung in besonderer Weise annehmen, bedürfen eines gewissen Maßes an Finanzierungssicherheit. Diese wäre auf bundesgesetzlicher Basis auch unter Einbeziehung der Länder zu gewährleisten.“ Die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses, endlich die Programmgestaltung mit den Initiativen und Projekten gemeinsam umzusetzen, wird die Programme zielgenauer, qualitativer und vor allem mehr an den Bedürfnissen der zu Beratenden und der Initiativen entlang orientieren können.

Das Unvermögen staatlicher Behörden und Strukturen im Erkennen des NSU, in der Verhinderung der Aufklärung und dem Vertuschen von eigenen Fehlern ist im NSU-Abschlussbericht erschreckend klar dokumentiert. Deshalb sind Ausbau und Zentralisierung staatlicher Strukturen und Behörden als bisher einzige erkennbare Reaktion des Staates



Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch.

auf die NSU-Morde der falsche Weg. Mit einer starken, thematisch aktuellen und gut vernetzten Zivilgesellschaft kann dauerhaft für menschenfeindliche Einstellungen und Rassismus sensibilisiert werden und damit dem Rechtsterrorismus der Boden entzogen werden.

Wir sind es den Opfern rechter Gewalt und ihren Hinterbliebenen schuldig, dass sowohl Staat als auch Zivilgesellschaft aus den Fehlern beim Erkennen und Aufklären der NSU-Mordserie lernen. Deshalb fordern wir eine Diskussion, die nicht allein rechten und rassistischen Terror, sondern auch Rassismus in staatlichen, medialen und gesellschaftlichen Institutionen und Diskursen zum Thema macht.

*Grit Hanneforth, Timo Reinfrank,
Friedemann Bringt*

Pluralität Politischer Bildung sichtbar machen!

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten bilanziert das Jahr 2012

Berlin, Juli 2013. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. [AdB] hat am 9. Juli den Bericht über seine Arbeit im Jahr 2012 vorgelegt. Er bilanziert die Aktivitäten in sämtlichen Arbeitsfeldern des Verbandes. Kernstück ist das Programm Politische Jugendbildung im AdB, das auch in einer eigenen Broschüre ausführlicher dargestellt wird.

Es steht ebenso wie die Fortbildung, die Kommissionsarbeit, der internationale Austausch und die Öffentlichkeitsarbeit des AdB unter der Zielsetzung, die Politische Bildung in den Mitgliedseinrichtungen zu qualifizieren, Innovationen anzuregen und die Mitglieder in ihrem Bemühen um den Erhalt von Bildungsstätten als Lernorten Politischer Bildung zu unterstützen. Dem Austausch unter den Mitgliedern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Fachgremien, der gegenseitigen Information und Fortbildungsangeboten zu aktuellen Themen Politischer Bildung kommt dabei besondere Bedeutung zu. Nicht zuletzt versteht sich der AdB aber auch als Interessenvertreter für seine Mitglieder vor allem auf der Ebene der Bundespolitik. Vorstand und Geschäftsführung setzen sich in Gesprächen mit Ministerien und Bundestagsabgeordneten, in der Kooperation mit

anderen Verbänden der Jugend- und Bildungsarbeit für die Verbesserung der Rahmenbedingungen Politischer Bildung ein, die in den letzten Jahren eine erhebliche Kürzung ihrer Fördermittel verkraften musste.

Der Jahresbericht 2012 ist unter dem Titel „Politische Bildung ist Lebensbildung“ kostenlos über die Geschäftsstelle des Arbeitskreises (10178 Berlin, Mühlendamm 3) zu beziehen und steht auf seiner Homepage unter: www.adb.de/jahresberichte zum Download bereit.

AbB

Politikunterricht wirkt doch – aber gruppenspezifisch!

Universität Hannover legt empirische Untersuchung vor

Berlin/Bonn, Juni 2013. Ob Politikunterricht tatsächlich Wirkungen zeigt und ob auch die Anzahl der erteilten Fachstunden dabei eine Rolle spielt, war bislang eine Frage, zu deren Beantwortung wir ganz überwiegend auf Alltagsbeobachtungen und begründete Vermutungen angewiesen waren. Das Forum Jugend und Gesellschaft der Friedrich Ebert-Stiftung hat nun zu diesem Problem bei einer Forschergruppe des Instituts für Politikwissenschaft der Leibniz-Universität Hannover eine quantitative Studie in Auftrag gegeben, die seit dem Sommer als Download im Internet und als Broschüre verfügbar ist. Die Auftraggeber schreiben: „Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen einem quantitativ hohen und qualitativ hochwertigen Politikunterricht und dem Verständnis, Interesse und Engagement von Jugendlichen gibt.“ (S. 5)

1153 Fragebögen wurden von Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender und berufsbildender Schulen im Alter von 15 Jahren bis Anfang 20 ausgewertet. Die Politiklehrer/innen der Klassen dieser Schüler/innen sind ebenfalls befragt worden. Obwohl die Studie „keinen Anspruch auf vollständige Repräsentativität“ (S. 23) erheben kann, sind differenzierte Aussagen zum Beispiel in Bezug auf das Niveau des angestrebten Abschlusses, nach Geschlecht, nach sozialer Herkunft und Umfang des erteilten Politikunterrichts möglich. Auch Unterschiede, die sich dar-

aus ergeben können, ob dieser Politikunterricht von fachlich qualifizierten oder fachfremd unterrichtenden Lehrkräften erteilt worden ist, konnten auf der Datengrundlage ermittelt werden.

Die Auswertung liefert Hinweise darauf, dass der Politikunterricht die Partizipationsbereitschaft Jugendlicher und junger Erwachsener erhöht. Dies gilt besonders für Schüler/innen, die eine große Distanz gegenüber dem Lebensbereich Politik aufzeigen und die aus Elternhäusern unterhalb der mittleren Schicht stammen sowie keinen akademischen Abschluss anstreben. Für diese Gruppe ist „Politikunterricht als Impulsgeber für eine politische Beteiligung“ (S. 59) von Bedeutung, weil aus ihrem sozialen Umfeld von Familie und Gleichaltrigen nur wenige Anregungen für Interesse und Engagement kommen.

Interessant ist auch der Einzelbefund, dass der zeitliche Umfang des genossenen Politikunterrichts mit einer höheren Bereitschaft zu politischer Partizipation einherzugehen scheint. Während Lernende, die mehr als 2 Stunden Politikunterricht pro Woche haben, zu 41 % eine hohe Beteiligungsbereitschaft aufweisen, ist dies nur bei 23,3 % derjenigen Schüler/innen der Fall, bei denen weniger als 2 Stunden Politik auf dem Stundenplan stehen. Allerdings seien weitere qualitative Analysen erforderlich, um den Anteil verschiedener Einzelaspekte des Politikunterrichts wie beispielsweise Methoden und Art der Lehrerausbildung an seinen Effekten näher bestimmen zu können.

Konsequenterweise schließen die Autoren daraus: „Zusätzlicher Politikunterricht, der eine höhere Partizipation zum Ziel hat, ist insbesondere in Schulformen und Bildungsgängen notwendig, die nicht zu akademischen Abschlüssen führen.“ (S. 60)

In Heft 2/2014 wird POLIS einen ausführlichen Beitrag zur Interpretation dieser Untersuchung bringen: Lange, Dirk/Onken, Holger/Korn, Tobias: Politikunterricht im Focus. Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen. Empirische Studie, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2013, 72 Seiten (bestellbar bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Jugend und Gesellschaft, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin); im Internet unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10161.pdf>.

vO

60. Geburtstag Prof. Werner Patzelt



Dresden, Mai 2013. Prof. Dr. Werner J. Patzelt beging am 23. Mai seinen 60. Geburtstag. Patzelt war lange Jahre Vorsitzender und ist seit 2011 Ehrenvorsitzen-

der des Landesverbandes Sachsen der DVPB. Er hat 1991 das Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden mitgegründet; seit 1992 arbeitet er dort als Professor für „Politische Systeme und Systemvergleich“.

Der Prorektor der Universität Dresden, Prof. Dr. Lenz, würdigte auf einem Festkolloquium, das die Mitarbeiter/innen von Patzelts Lehrstuhl zum Geburtstag veranstaltet hatten, neben der wissenschaftlichen Exzellenz des Jubilars auch sein Engagement für die Politische Bildung. Der Dekan der Philosophischen Fakultät der TU Dresden, Prof. Dr. Klinghardt, erinnerte daran, dass Patzelt u.a. für seine Publikation „Abgeordnete und Repräsentation“ den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages erhalten hatte. Herausgestellt wurden die herausragenden Verdienste des Jubilars

um den Aufbau des Faches Politikwissenschaft an der Universität der sächsischen Landeshauptstadt und um das Knüpfen der engen Verbindung zwischen Soziologie und Politikwissenschaft, die er immer im Auge behalten habe.

Der Landesvorsitzende der DVPB in Sachsen, Klemens Schrenk, überbrachte den Dank des Verbandes für die rege und andauernde Unterstützung der Politischen Bildung. Als Beweis seiner Arbeit für eine überparteiliche Politische Bildung in Sachsen wurde gewertet, dass auch der Landesvorsitzende der SPD dem CDU-Mitglied Patzelt Glück wünschte. Dies beantwortet der vielseitige Cellist, Chorleiter, Major der Reserve, TV-Journalist etc. stilsicher mit einer Einladung zum Abendessen im Zentrum der barocken Altstadt Dresdens.

vO

Neue Amtsleitung der Bremer Landeszentrale für Politische Bildung

Bremen, August 2013. Am 12. August hat Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen den neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Thomas Köcher, offiziell in sein Amt eingeführt. Dr. Köcher war zuvor Leiter des Referates Lehre und Studium der Universität Bremen. Dr. Köcher ist 43 Jahre alt und lebt mit Ehefrau und zwei Kindern in Bremen. Bürgermeister Böhrnsen lobte die Arbeit der Landeszentrale und sagte mit Blick auf die kommenden Herausforderungen: „Politische Bildung ist kein Selbstzweck und Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir dürfen nicht aufhören, mit Herzblut für diese Belange einzutreten und demokratische Werte nicht nur zu leben, sondern auch aktiv weiterzugeben.“ Und weiter: „Die Landeszentrale leistet gute Arbeit und ist ein wichtiger Akteur, um für unsere demokratische Gesellschaft zu werben.“

Von 2011 bis 2013 wurde die Landeszentrale vom stellvertretenden Leiter, Sebastian Ellinghaus, geleitet. Böhrnsen dankte ihm für seinen engagierten Einsatz. Aufmunternde Worte für den neuen Leiter der Landeszentrale gab es von Herbert Wulfekuhl, Köchers Vorgänger von 1987 bis 2011. Ihm dankte Bürgermeister Böhrnsen noch einmal ausdrücklich



Sebastian Ellinghaus, Herbert Wulfekuhl, Dr. Thomas Köcher und Bürgermeister Jens Böhrnsen (v.l.)

für seine Arbeit, „die in dieser Stadt Spuren hinterlassen hat“.

Die Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen ist die Einrichtung des Landes Bremen für die staatliche politische Bildungsarbeit in Bremen und Bremerhaven. Sie hat die Aufgabe, auf überparteilicher Grundlage mit geeigneten Maßnahmen der politischen Bildung die Befähigung der Bevölkerung zur aktiven Beteiligung an politischen Prozessen zu steigern. Die Einrichtung ist verantwortlich für Projekte, wie die Juniorwahl, die sogenannten „Stolpersteine“ oder die Einrichtung einer Gedenkstätte am Bunker Valentin in Bremen Nord. Mehr Informationen finden sich unter: www.lzpb-bremen.de.

Senatspressestelle Bremen

Landeszentrale in Rheinland- Pfalz hat neuen Direktor

Mainz, Juli 2013. Der neue Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz wurde von Ministerpräsidentin Dreyer und Kultusministerin Ahnen vor den Sommerferien in sein Amt eingeführt. Er heißt Wolfgang Faller und war bisher Leiter der Heinrich Böll Stiftung im Lande.

„Wolfgang Faller hat in vielen Jahren innerhalb der Heinrich Böll Stiftung mit geringen Mitteln ein breites Programm zur Förderung der Demokratie umgesetzt. Die Landeszentrale gewinnt mit ihm einen Fachmann, der in der Lage ist, die stets neuen Anforderungen unserer Gesellschaft mit demokratischen Impulsen zu bereichern“, zeigten sich Sprecherin und Sprecher des Landesverbandes der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz überzeugt:

„Wolfgang Faller hat sich immer als Verfechter demokratischer Werte gegenüber rassistischen und menschenrechtsbedrohenden Strömungen erwiesen. Wir gehen davon aus, dass er in der Landeszentrale diese Arbeit in Rahmen der bestehenden Netzwerke, in die er bestens eingebunden war, weiterführen wird. Wir wünschen Wolfgang Faller in seiner neuen Funktion viel Erfolg verbunden mit seinem Amtsantritt auch die Erwartung, dass relevante Zukunfts-